

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 10

Artikel: Auf Langzeitwirkung angelegt : kantonale Osteuropahilfe am Beispiel Bern
Autor: Scherrer, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER BRÜCKENSCHLAG

Kantonale Osteuropahilfe am Beispiel Bern

Auf Langzeitwirkung angelegt

Vor wenigen Jahren sind bei Bauarbeiten neben dem Berner Wahrzeichen, dem Münster, rund 500 Fragmente von Statuen und anderen Objekten freigelegt worden; darunter eine Marienstatue – eine «Pietà» – aus dem Jahre 1420, die seinerzeit von böhmischen Bildhauern geschaffen worden war und die das Münster geschmückt hatte, bevor sie während der Reformationswirren zerstört wurde.

Heute mag dieser Fund Symbol sein für die jahrhundertealten Beziehungen Berns zu jener Region, die erst in diesem Jahrhundert für einige Jahrzehnte unterbrochen und nun seit der politischen Wende in Mittel- und Osteuropa wieder aufgenommen werden konnten (und durften). Beziehungen, auch persönliche, waren unter anderem der Grund, weshalb sich der Kanton Bern entschlossen hatte, bei der Osteuropahilfe mitzuwirken und sich dabei auf die Tschechoslowakei zu konzentrieren. Doch auch Überlegungen bezüglich Mentalität der Bevölkerung und geographischer Lage spielten eine wesentliche Rolle beim Entscheid, sich gerade dieses Landes anzunehmen.

Tschechoslowakei als Partner

Auf Antrag der Regierung hiess der Grosse Rat Anfang 1991 einen Kredit von zwei Millionen Franken für die Osteuropahilfe gut, und die Projektleitung wurde dem Vizestaatschreiber, Renato Krähenbühl, und der kantonalen Koordinationsstelle für Fragen der europäischen Integration übertragen. Deren Leiter, Bernard Münger, zog nun, zwei Jahre später, in einem Gespräch mit dem «zeitbild» Bilanz und stellte zufrieden fest, dass der Zweimillionenkredit nicht voll ausgeschöpft werden musste, weshalb man in diesem Jahr die noch laufenden Projekte weiterführen kann.

Münger hofft aber, dass das Berner Parlament, trotz Sparzwang, die weitere Finanzierung sicherstellen wird, damit die Kontinuität gewahrt werden kann, denn der Wieder- und Neuaufbau Mittel- und Osteuropas beanspruchen mehr Zeit, als man während der Euphoriephase kurz nach der Wende gedacht hatte.

Umfassende Hilfe

Zu diesem Schluss sind inzwischen wohl alle gekommen, die je in Mittel- und Osteuropa seit der Wende tätig sind oder waren. Dass es dabei auch um sicherheitspolitische Interessen des «Westens» geht, zeigt nicht nur die gefährliche Instabilität am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien. Zudem geht es letztlich auch um die europäische Integration, deren Akzeptanz auf unterer Ebene gerade durch Kantone und Gemeinden leichter bewerkstelligt werden kann als auf Bundesebene.

Das Unterstützungsprojekt des Kantons Bern für die Tschechoslowakei beziehungsweise seit 1. Januar dieses Jahres Tschechien und Slowakei ist in sieben Bereiche aufgeteilt: 1. Gemeinde, Verwaltung, Kirche und Parteien; 2. Gesundheit und Soziales; 3. Wirtschaft, Landwirtschaft und Berggebiete; 4. Bildung, Jugend, Kultur und Sport; 5. Tourismus; 6. Umweltschutz und schliesslich 7. Universität. Innerhalb dieser Bereiche wurden wiederum Schwergewichte gelegt, nämlich dort, wo es die finanziellen Mittel und die personellen Möglichkeiten erlaubten.

Überforderung in Wirtschaft und Umweltschutz

Am meisten Probleme stellten sich, so Münger, im Bereich der Wirtschaft und des Umweltschutzes, weil man hier sehr schnell an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten stiess. So konzentrierte sich der Kanton in diesen Bereichen auf die Vermittlung von theoretischem und praktischem Wissen in der Landwirtschaft und in Berggebieten. Im Bereich Wirtschaft waren die Handlungsmöglichkeiten des Kantons einfach zu beschränkt, als dass das Projekt innerhalb von zwei Jahren hätte erfolgreich sein können.

Dasselbe gilt für den Umweltschutz, da die Probleme in Tschechien und der Slowakei, und wohl auch anderswo, zu vielschichtig sind und zudem das technische Gefälle zwischen jenen Ländern und Westeuropa zu gross ist. Unter diesen Umständen ist der Kanton Bern mit seinen begrenzten



Diese Pietà böhmischer Herkunft aus dem frühen 15. Jahrhundert wurde bei Bauarbeiten neben dem Berner Münster gefunden (Foto: Archäologischer Dienst des Kantons Bern).

finanziellen Mitteln einfach überfordert, stellte Bernard Münger gegenüber «zeitbild» fest. Man beschränkte sich hier deshalb auf das Vermitteln von Gesetzesregeln und deren Vollzug auf Verwaltungsebene.

Partnerschaften an der Basis

Sehr gut liessen sich dagegen die Gemeindepartnerschaften an. Inzwischen gibt es denn auch deren 73 mit Gemeinden in Südböhmen in der Tschechischen Republik. Es geht dabei um den Aufbau und die Pflege gegenseitiger Beziehungen mit dem Ziel, die Gemeindeautonomie, die Ausbildung in Gemeindefragen, den Erfahrungs- und Gedankenaustausch sowie die Schaffung persönlicher Beziehungen unter den Gemeindeverantwortlichen zu fördern. Zu diesem Zweck hat es in den letzten beiden Jahren einige gegenseitige Delegationsbesuche in Tschechien und in Bern gegeben.

Im Bereich Gesundheit und Soziales bestehen Partnerschaften zwischen dem Inselspital der Universität Bern und dem Universitätsspital Motol in Prag. Hier fanden zahlreiche Praktikumsaufenthalte in Bern statt, es wurden medizinische Instrumente, Verbrauchsmaterial und Fachliteratur zur Verfügung gestellt. Aber auch das Humanitäre kam nicht zu kurz. So hielten sich fast 70 Jugendliche aus ökologisch stark belasteten Industriegebieten in Nordböhmen und Nordmähren zur Erholung einen Monat in der Lenk auf.

Im Bildungswesen und Kulturbereich kam es zu einem regen Austausch von Schülern und Lehrern; es wurden Musik- und Handwerkskurse organisiert und schliesslich auch ein Beitrag für die Produktion des Films «Ziel ohne Grenzen» entrichtet. Bei diesen, aber auch bei allen übrigen Projekten geht es ja darum, die Men-

Fortsetzung Seite 6

schen aus Tschechien und der Slowakei zur Eigeninitiative zu motivieren.

Regionales Projekt

Ein grosses Projekt, das noch nicht abgeschlossen ist, läuft in Nordmähren, wo es um ein gesamtwirtschaftliches regionales Entwicklungskonzept mit Schwergewicht Tourismus in der Region Jesenicko geht. Dass gerade diese Region ausgewählt wurde, liegt unter anderem auch an den natürlichen Voraussetzungen, die diese Region mit sich bringt (vgl. auch unser Interview mit dem tschechischen Parlamentarier Jindrich Nemcik auf Seite 8 dieser Ausgabe).

Zudem unterstützt Bern das Institut für Tourismus in Bratislava (Slowakei). Darüber hinaus wird auch die Weiterbildung slowakischer Hoteliers gefördert, indem neben Reformen bei der Ausbildung auch bauliche und technische Massnahmen ergriffen werden. So wurde das Kader von rund einem Dutzend Hotels dazu animiert, eine Interessengemeinschaft nach dem Vorbild des Schweizer Hotelier-Vereins und des Wirtverbandes zu gründen.

Auf Wissenschaftsebene

Auf Universitätsebene schliesslich bildete das Projekt «Austauschstipendien und Dozentenaustausch der Universität Bern» das Schwergewicht. Fast dreissig Dozenten haben in den letzten zwei Jahren zwischen zwei Wochen und drei Monaten an verschiedenen Fakultäten der Universität Bern verbracht.

Gastgeber waren dabei die Fakultäten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der Geistes- und Naturwissenschaften sowie der medizinischen Fakultät. Zahlenmässig überwogen dabei die Gäste aus Prag, doch insgesamt waren fast alle tschechischen und slowakischen Universitäten und Hochschulen vertreten.

Zusammengefasst, so der Leiter der bernischen Koordinationsstelle für Fragen der europäischen Integration, hat sich das Konzept des Projekts bewährt. Gerade die Wahl der Partner

und die Tätigkeitsbereiche machten es möglich, dass der Kanton Bern spezifische Dienste anbieten konnte. Von Vorteil war auch die Organisationsstruktur. So wird bei der Durchführung der Projekte auf Fachleute der Staatsverwaltung zurückgegriffen, die ihre Aufgaben im Nebenamt wahrnehmen.

Auf den Beizug von aussenstehenden Beratern wurde grundsätzlich verzichtet, wobei es aber auch Projekte gibt, die von Privatpersonen oder Vereinen durchgeführt werden, die wiederum Unterstützung durch den Kanton erhalten haben. Hierzu gehört beispielsweise die Schweizer Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM-CH), die tschechischem und slowakischem Pflegepersonal Praktikumsaufenthalte in Behindertenheimen ermöglichte. Dazu gehört aber auch der bernische Anwaltsverband, der es bisher einem Dutzend Berufskollegen ermöglichte, die Arbeitsweise bernischer Anwaltskanzleien kennenzulernen, Aus- und Weiterbildung im privaten Gesellschaftsrecht zu betreiben sowie Vorlesungen an der Universität Bern zu belegen und Einblick in die Tätigkeit von Banken und Versicherungen zu erhalten.

Haushälterisch gewirtschaftet

Mit diesem Konzept war es dem Kanton Bern möglich, den administrativen und finanziellen Aufwand bei der Planung und Durchführung der Projekte gering zu halten. Aus diesem Grund verfügt der Kanton heute noch über rund 600 000 Franken des Zweimillionenkredits, was ihm erlaubt, Projekte auch im laufenden Jahr weiterzuführen.

Münger hofft aber, dass der bernische Grosse Rat im Herbst dieses Jahres, wenn dieser den Schlussbericht über das Unterstützungsprojekt des Kantons Bern für Tschechien und die Slowakei zu genehmigen hat, auch einen weiteren Kredit sprechen wird; denn beim Projekt handelt es sich nicht um eigentliche Nothilfe, sondern es ist auf langfristige Wirkung angelegt. Aus diesem Grund müsste auch die Kontinuität und damit die Weiterführung der Projekte gewährleistet werden. *Monika Scherrer*

Kantone und Osteuropahilfe

Die Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit hat unter den Kantonen eine Umfrage gemacht, in der sie deren Aktivitäten im Bereich der Osteuropahilfe eruierten wollte. Insgesamt haben 21 Kantone geantwortet.

Von den 21 Kantonen führen deren 20 konkrete Projekte durch: vier auf dem Gebiet der Gemeindeparterschaften, sechs pflegen den Kulturaustausch, 15 führten Materiallieferungen durch, 17 entfalten eine Beratungstätigkeit durch die Verwaltung, und 14 betreuen andere Projekte.

Bei der Beratung durch die Verwaltung steht diejenige im Bereich der Polizei an der Spitze (15 Kantone), gefolgt vom Be-

reich des Gesundheitswesens (8), des Schul- und Bildungswesens (7), des Umweltschutzes (5), der politischen Strukturen (5) und auf anderem Gebiet (3). Projekte werden in praktisch allen mittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführt.

Die meisten konzentrieren sich aber auf Tschechien und die Slowakei, Rumänien, Ungarn und Polen. Erstaunlich ist die Tatsache, dass es auch Kantone gibt, die in der ehemaligen DDR Projekte durchführten. Es handelt sich dabei aber vor allem um Informationsaustausch, gegenseitige Besuche, Materiallieferungen (zahnärztliches Material) sowie Beratung auf dem Gebiet der Polizei und des Umweltschutzes.

Bestellschein für zeitbild

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- Geschenkabo zu sFr. 50.– (Preis für Abonent/innen)
- für 2 Jahre zu sFr. 100.– (Ausland sFr. 120.–)
- Probenummern
- Jahresabo zu sFr. 59.– (Ausland sFr. 65.–)

Name und Vorname: _____

Beruf: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./Fax: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6